

Bolz, Klaus

**Article — Digitized Version**

## Die Unausgewogenheit des innerdeutschen Handels

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1982) : Die Unausgewogenheit des innerdeutschen Handels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 10, pp. 470-471

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135723>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



# Die Unausgewogenheit des innerdeutschen Handels

Nicht wenige Vertreter aus Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik hegen die Erwartung, der innerdeutsche Handel könne in diesem Jahr die Umsatzmarke von 13,5 Mrd. VE (DM) deutlich übersteigen. Besteht aber wirklich ein Anlaß, sich über die deutlich angestiegenen nominalen Zuwächse dieses Jahres gegenüber den ersten sieben Monaten 1981 bei Lieferungen (+13 %) und Bezügen (+15 %) und über eine teilweise Umlenkung des DDR-Westhandels auf den innerdeutschen Handel zu freuen?

Halten wir fest: Der innerdeutsche Handel hat neben seiner ökonomischen Funktion im geteilten Deutschland vor allem eine politische Aufgabe zu erfüllen. Deshalb sind Maßnahmen zur Erhaltung und einer gewissen Weiterentwicklung speziell dieses Handels durchaus gerechtfertigt. Hierzu kann man unter anderem den Swing zählen – auch wenn man über dessen Höhe sehr unterschiedlicher Meinung sein kann –, aus dem die DDR jährlich beachtliche Zinsvorteile zieht und dessen Existenz in kreditpolitisch schwierigen Zeiten wie heute zudem zur Aufbesserung des internationalen Kreditstandings der DDR beiträgt. Doch auch wenn sich die Bundesregierung im innerdeutschen Handel grundsätzlich von politischen Überlegungen leiten lassen muß, sollte dies für sie kein Anlaß sein, auch die jüngste Entwicklung im innerdeutschen Handel uneingeschränkt gutzuheißen, denn die ökonomischen Vorteile aus diesem Handel scheinen inzwischen zu einseitig bei der DDR anzufallen.

Die quantitative und auch die strukturelle Entwicklung des innerdeutschen Handels der letzten Monate ist eng mit den binnen- und außenwirtschaftlichen Problemen der DDR und den entsprechend gesetzten Prioritäten verknüpft. Der seit geraumer Zeit bestehende Devisenengpaß (hohe Zins- und Tilgungszahlungen, kein Zugang zu neuen Krediten) hat die DDR unter anderem bewogen, vom westlichen Ausland Käufe auf die Bundesrepublik Deutschland umzuleiten, wo die Bezüge in Verrechnungseinheiten (VE) „bezahlt“ werden können – wenn auch wie im Falle der Getreidekäufe wesentlich teurer als anderswo. Die zentralen Sektoren der westdeutschen Exportwirtschaft haben von diesem Nachfrageschub gar nicht oder kaum profitiert. Auf welche Bereiche die DDR-Nachfrage der jüngsten Zeit trifft oder nicht trifft, wurde in einer mit einem gewissen Unterton von Resignation erst kürzlich vorgetragenen Stellungnahme über die Ergebnisse der Leipziger Herbstmesse deutlich: „So waren die bundesdeutschen Anbieter im Roh- und Grundstoffbereich (Chemie, NE-Metalle, Eisen und Stahl) und im Ernährungsbereich sicher mehr als zufrieden, im Bereich der konsumtiven und investiven Fertigwaren bewegte sich hingegen nicht viel.“

Diese strukturell einseitige Entwicklung sollte aus mehreren Gründen auch oder besser: gerade in einer konjunkturell schwierigen Phase nicht hingenommen werden, nur weil überhaupt eine Zunahme der Lieferungen in die DDR zu verzeichnen ist. Weshalb z. B. sollte die Bundesrepublik über die Barüberweisungen in Milliarden-DM-Höhe hinaus der DDR auch noch in der Weise aus der Devisenklamme helfen, daß sie durch bestimmte Lieferungen

mehr oder weniger direkt dazu beiträgt, daß für die DDR Verrechnungseinheiten (VE) gleichsam Devisencharakter erhalten? Nichts anderes aber geschieht – und diese Erkenntnis ist wahrlich nicht neu –, wenn an die DDR Produkte geliefert werden, die sich die westdeutschen Verkäufer selbst gegen US-Dollar beschaffen müssen oder deren Herstellung entsprechend umfangreiche Importe erfordert. Dieser Zusammenhang gilt insbesondere für Waren wie Rohöl und NE-Metalle und für diverse chemische Produkte.

Wurde diese Entwicklung bisher auch toleriert, so ist angesichts der Tatsache, daß die jüngsten westdeutschen Liefersteigerungen in die DDR gerade auf diese Bereiche entfallen, die Frage zu stellen, ob dem Reden über die unbefriedigende Handelsstruktur, die schon seit Jahren beklagt wird, nicht endlich Taten folgen sollten – und zwar geleitet von dem Ziel, diesen Handel mittelfristig nicht endgültig in eine Sackgasse laufen zu lassen, sondern entwicklungsfähig zu halten. Die jüngste Entwicklung – sollte sie sich in der Tendenz stabilisieren – muß um so bedenklicher stimmen, als die Bundesrepublik selbst mit Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen hat. Wie leicht einzusehen ist, greift als Rechtfertigung für die jüngsten „Verkaufserfolge“ im innerdeutschen Handel noch nicht einmal das heute so gern bemühte Arbeitsplatzargument.

Die Probleme erschöpfen sich aber nicht darin, daß man allein die westdeutschen Lieferungen betrachtet. Wenn die DDR ihre Einkäufe in der Bundesrepublik erhöht, will sie diese baldmöglichst durch mehr Verkäufe in der Bundesrepublik „bezahlen“. Mit weiteren Lieferantenkrediten kann sie derzeit in der Bundesrepublik ebensowenig rechnen wie im westlichen Ausland. Und wie die Zahlen zeigen, gelingt ihr auch, was gegenüber den anderen westlichen Partnern gegenwärtig nicht möglich wäre, nämlich mit ihren Waren in verschiedene bekanntermaßen nicht eben leichte Märkte der Bundesrepublik relativ erfolgreich einzudringen, und dies wohl nicht zuletzt dank der Vorteile, die der innerdeutsche Handel der DDR auch bei ihren Lieferungen in die Bundesrepublik bietet. Hierbei ist nicht nur das Fehlen von Zöllen von Bedeutung, sondern auch der Umstand, daß in der Bundesrepublik wie in keinem anderen westlichen Land ein Firmenstamm vorhanden ist, der sich seit sehr vielen Jahren auf die Vermarktung von DDR-Produkten spezialisiert hat und – wenn nötig – das Defizit der DDR im Marketing, Service usw. auszugleichen vermag. Kurz gesagt, abgesehen von noch bestehenden – nicht immer ausgenutzten – Kontingenten, ist die Hürde, die DDR-Güter überwinden müssen, um in die Bundesrepublik zu gelangen, vergleichsweise niedrig. Die unbefriedigende Struktur auch auf der Bezugsseite bleibt damit erhalten. Da die vermehrten Lieferungen und die sich daraus ergebenden Probleme letztlich ihre Ursache in den erhöhten Käufen der DDR in der Bundesrepublik – gegen VE – finden, erscheint die von der Bundesrepublik Deutschland für die DDR übernommene VE-Umtauschfunktion in einem doch recht fragwürdigen Licht.

Hier muß allerdings das Arbeitsplatzargument eingebracht werden – mit negativen Vorzeichen! Denn auch in der Bundesrepublik klagen die Bereiche, in denen die größten Zuwächse an Mehrlieferungen der DDR im ersten Halbjahr 1982 zu verzeichnen sind, nicht gerade über Kapazitätsengpässe. Dies gilt sowohl für die Ölverarbeitungs- als auch für die Chemie- und die Textilindustrie. Vor diesem Hintergrund sollte einmal darüber nachgedacht werden, inwieweit eine Ausweitung des innerdeutschen Handels ohne deutliche Strukturverbesserungen bei Lieferungen und Bezügen für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik noch lohnend ist. Weiter sollte zum Nachdenken anregen, daß die DDR mit keinem ihrer Westpartner eine auch nur annähernd so einseitige Warenstruktur aufweist und daß in einer Schwächeperiode des internationalen Handels gerade der innerdeutsche Handel hohe Zuwachsraten – wenn auch fast nur nominal – aufweist.

Die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und unsere eigenen Wachstumsprobleme sollten Grund genug sein, den innerdeutschen Handel künftig stärker nach ökonomischen Maßstäben zu beurteilen und zu gestalten. Natürlich kann man der DDR nicht im einzelnen vorschreiben, was sie im Rahmen des innerdeutschen Handels zu verkaufen oder zu kaufen hat. Man sollte aber auch nicht tatenlos zusehen, wie die DDR die „besonderen Spielregeln“ dieses Handels dahingehend ausnutzt, daß der innerdeutsche Handel zunehmend in die Rolle eines Lückenbüßers der DDR-Außenwirtschaft abgeleitet.